

Dietz

Ausländer- und Asylrecht

Einführung

3. Auflage



Nomos

NOMOSEINFÜHRUNG

apl. Prof. Dr. Andreas Dietz,
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Augsburg,
Universität Augsburg

Ausländer- und Asylrecht

Einführung

3. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5696-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-9831-3 (ePDF)

3. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Dieses Lehrbuch ging aus dem Vorlesungsskript für die Refugee Law Clinic an der Universität Augsburg hervor, in der sich Studierende nicht nur der juristischen Fakultät außerhalb ihres regulären Curriculums ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren. Mein Anliegen ist die Darstellung der Grundlinien des Ausländer- und Asylrechts in ihren wechselseitigen Bezügen, tragenden Prinzipien und Strukturen unter Einbeziehung meiner Erfahrungen aus der verwaltungsgerichtlichen Praxis. Mit Blick auf studentische Leser werden für die folgende Darstellung keine Vorkenntnisse des Ausländer- und Asylrechts vorausgesetzt, dafür erfolgt häufig der Rückgriff auf die ihnen eher bekannten Rechtsinstitute des allgemeinen Verwaltungsrechts und des Verwaltungsprozessrechts.

Der zu Grunde liegende Rechtsstand ist jener des Sommers 2019 nach den Novellen durch das „Gesetz über die Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“, das „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“, das „Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ und das „Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“, auch soweit diese Gesetzesänderungen erst zum Jahresbeginn 2020 in Kraft treten werden. Gegenüber den Vorauslagen wird neben der aktuellen Rechts- und Rechtsprechungsentwicklung u.a. das Rechtsinstitut der Unionsbürgerschaft mit den ihr vom Europäischen Gerichtshof beigelegten Reflexwirkungen für Drittstaatsangehörige ausführlicher dargestellt und ein weiterer Schwerpunkt bei der Ausbildungsuldung gelegt.

Um Rechtsreferendaren in ihrer Ausbildungsstation und erstmals in ihrer Berufspraxis mit Ausländer- und Asylrecht befassten Richterinnen und Richtern an den Verwaltungsgerichten sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten die Einarbeitung zu erleichtern, werden in den Nachweisen vorwiegend Entscheidungen der Bundesgerichte und des Europäischen Gerichtshofs sowie der Oberverwaltungsgerichte zitiert, um einen Überblick über die gefestigte Rechtsprechung zu geben. Zur Vertiefung von Einzelthemen wird auf Aufsätze verwiesen, um den ersten Zugriff zu erleichtern. Auf die themenübergreifende Hand- und Lehrbuch- sowie Kommentarliteratur wird im Anhang verwiesen, da sie aus Platzgründen nicht im Einzelnen berücksichtigt werden konnte.

Die Verwendung der gesetzlich vorgegebenen Begriffe „Ausländer“ oder „Asylbewerber“ erfolgt geschlechtsneutral. Die Tenorierungsmuster für Bescheide, Eilanträge und Klagen dienen der praxisorientierten Veranschaulichung, nicht der einzelfallbezogenen Rechtsberatung.

Für Berichtigungs- und Verbesserungsvorschläge (auslr-asylr-lehrbuch@web.de) bin ich stets dankbar.

Augsburg, im September 2019

apl. Prof. Dr. Andreas Dietz

Inhaltsübersicht

Vorwort 5

Grafische Darstellungen und Schemata 19

Wichtige Texte und Quellen 20

Verzeichnis spezifischer Abkürzungen 21

Literaturempfehlungen zur Vertiefung 23

1. TEIL DIE BEDEUTUNG DES AUSLÄNDER- UND ASYLRECHTS IN
DEUTSCHLAND

§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte 25

§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht 28

 I. Der Staatsbegriff als Grundlage des Ausländerrechts 28

 II. Der Regelungsbereich des Ausländerrechts 29

 III. Der Regelungsbereich des Asylrechts 31

2. TEIL DIE GRUNDLINIEN DES AUSLÄNDERRECHTS IN DEUTSCHLAND

§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes 34

 I. Der Aufbau des Aufenthaltsgesetzes 34

 II. Der Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes 34

§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers 37

 I. Die Bedeutung von Visum und Aufenthaltserlaubnis 37

 II. Die Erteilungsvoraussetzungen für Visum und Aufenthaltserlaubnis 39

 III. Die Aufenthaltsw Zwecke für Visum und Aufenthaltserlaubnis 42

 IV. Das Verwaltungsverfahren zur Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis 64

 V. Der Rechtsschutz im Visums- oder Aufenthaltserlaubniserteilungsverfahren 69

 VI. Die Integration von Ausländern im Bundesgebiet 75

 VII. Die weiteren Pflichten von Ausländern im Bundesgebiet 77

§ 5 Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers 80

 I. Die Ausreisepflicht nach § 50 Abs. 1 AufenthG 80

 II. Das Erlöschen des Aufenthaltstitels nach § 51 Abs. 1 AufenthG 80

 III. Die Ausweisung nach §§ 53 ff. AufenthG 84

 IV. Die Überwachung der Ausreise nach § 56 AufenthG 92

 V. Die Durchsetzung der Ausreise nach §§ 57 ff. AufenthG 93

 VI. Die Verhinderung der Wiedereinreise nach § 11 AufenthG 117

VII. Der Rechtsschutz gegen Ausweisungen mit Nebenentscheidungen	120
§ 6 Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	124
I. Die Einreise und der Aufenthalt von Unionsbürgern	124
II. Die Aufenthaltsbeendigung von Unionsbürgern und Familienangehörigen	132
§ 7 Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	134
I. Die Einreise und der Aufenthalt von Assoziationsberechtigten	134
II. Die Aufenthaltsbeendigung von Assoziationsberechtigten	139
 3. TEIL DIE GRUNDLINIEN DES ASYLRECHTS IN DEUTSCHLAND	
§ 8 Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	141
I. Die Enttäuschungen durch das Asylrecht i.w.S.	141
II. Die Begriffe des Asylbewerbers, des Asylverfahrens und des Asylrechts	144
§ 9 Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	146
I. Die Anerkennung als Asylberechtigter nach Art. 16a GG	146
II. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG	160
III. Die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG	166
IV. Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	175
V. Die ablehnende Asylentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	179
VI. Die Berücksichtigung von Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	187
§ 10 Das formelle Asylverfahren	196
I. Die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	196
II. Der Ablauf des Asylverfahrens	210
III. Die Besonderheiten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Asylsachen	231
§ 11 Die Perspektiven des deutschen und europäischen Asylsystems	240
Literaturverzeichnis	245
Stichwortverzeichnis	247

Inhalt

Vorwort 5

Grafische Darstellungen und Schemata 19

Wichtige Texte und Quellen 20

Verzeichnis spezifischer Abkürzungen 21

Literaturempfehlungen zur Vertiefung 23

1. TEIL DIE BEDEUTUNG DES AUSLÄNDER- UND ASYLRECHTS IN
DEUTSCHLAND

§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte 25

§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht 28

 I. Der Staatsbegriff als Grundlage des Ausländerrechts 28

 II. Der Regelungsbereich des Ausländerrechts 29

 III. Der Regelungsbereich des Asylrechts 31

2. TEIL DIE GRUNDLINIEN DES AUSLÄNDERRECHTS IN DEUTSCHLAND

§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes 34

 I. Der Aufbau des Aufenthaltsgesetzes 34

 II. Der Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes 34

 1. Der sachliche Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes 34

 2. Der personelle Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes 35

§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers 37

 I. Die Bedeutung von Visum und Aufenthaltserlaubnis 37

 1. Die Rechtsnatur von Visum und Aufenthaltserlaubnis 37

 2. Die Arten von Visum und Aufenthaltserlaubnis 37

 a) Der räumliche Geltungsbereich von nationalem Visum und Schengen-Visum 38

 b) Die zeitliche Geltungsdauer von Visum und Aufenthaltserlaubnis 38

 c) Die Beschränkung von Visum und Aufenthaltserlaubnis durch Nebenbestimmungen 39

 d) Die europarechtlichen Sonderformen der Aufenthaltserlaubnis 39

 II. Die Erteilungsvoraussetzungen für Visum und Aufenthaltserlaubnis 39

 1. Die Voraussetzung eines gesicherten Lebensunterhalts 40

 2. Die Voraussetzungen der geklärten Identität und des Passbesitzes 40

 3. Der Ausschluss einer Erteilung wegen eines Ausweisungs- oder sonst entgegenstehenden öffentlichen Interesses 41

 4. Die Einreise mit dem erforderlichen Visum 41

III. Die Aufenthaltszwecke für Visum und Aufenthaltserlaubnis	42
1. Der Aufenthaltszweck der Aus- und Fortbildung	42
a) Der Aufenthalt zum Studium nach § 16b AufenthG	43
aa) Die studienbezogenen Beschränkungen	43
bb) Die arbeitsmarktbezogenen Beschränkungen	44
b) Der Aufenthalt zur betrieblichen Aus- und Fortbildung nach § 16a AufenthG	44
c) Der Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nach § 16d AufenthG	44
2. Der Aufenthaltszweck zur Erwerbstätigkeit nach §§ 18 ff. AufenthG	45
a) Die Aufenthaltserlaubnis zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit nach § 18, § 18a und § 18b AufenthG	47
b) Die Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit nach § 19d AufenthG	48
c) Die Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte nach § 18c AufenthG	49
d) Die Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche für Fachkräfte nach § 20 AufenthG	49
e) Die Blaue Karte EU nach § 18b Abs. 2 AufenthG und die ICT-Karten nach § 19 ff. AufenthG	50
f) Die Aufenthaltserlaubnis für ausländische Forscher nach § 18d AufenthG	50
g) Die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit nach § 21 AufenthG	51
3. Der völkerrechtliche, humanitäre oder politische Aufenthaltszweck	52
a) Die humanitäre Aufnahme von Ausländern nach § 22, § 23 und § 24 AufenthG	52
b) Die Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen nach § 23a AufenthG	53
c) Die ausländerrechtliche Umsetzung asylrechtlicher Entscheidungen und besonderer Härtefälle nach § 25 AufenthG	53
aa) Die Aufenthaltserlaubnis für Asyl- und international Schutzberechtigte	54
bb) Die Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen eines nationalen Abschiebungsverbots	55
cc) Die Aufenthaltserlaubnis bei besonderen Interessenlagen und für Opfer von Straftaten	55
dd) Die Aufenthaltserlaubnis für geduldete Ausländer	56
d) Die Altfallregelungen nach § 25a, § 25b und § 104a AufenthG	57
4. Der Aufenthaltszweck des Ehegatten- und Familiennachzugs	58
a) Die Begriffe von Ehe und Familie in § 27 AufenthG	58
b) Der Ehegatten- und Familiennachzug zu Deutschen nach § 28 AufenthG	60
c) Der Familiennachzug zu Ausländern nach § 29 AufenthG	61
d) Der Ehegattennachzug zu Ausländern nach § 30 und § 31 AufenthG	61
e) Der Kindesnachzug zu Ausländern nach §§ 32 ff. AufenthG	62
f) Der Nachzug sonstiger ausländischer Familienangehöriger nach § 36 und § 36a AufenthG	63

IV. Das Verwaltungsverfahren zur Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	64
1. Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden	65
a) Die sachliche Zuständigkeit der Ausländerbehörden	65
b) Die örtliche und instanzielle Zuständigkeit der Ausländerbehörden	66
2. Die Besonderheiten des ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahrens	66
a) Das Antragserfordernis	67
b) Die behördliche Amtsermittlungspflicht und die persönliche Mitwirkungspflicht	67
c) Die Anhörung des Ausländers	68
3. Die Form der Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	69
V. Der Rechtsschutz im Visums- oder Aufenthaltserlaubniserteilungsverfahren	69
1. Die Besonderheiten der Verpflichtungsklage zur Durchsetzung eines Visums- oder Aufenthaltserlaubnisanpruchs	70
a) Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	70
b) Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	71
c) Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	72
d) Der Klageantrag dieser Verpflichtungsklage	73
e) Der Eilrechtsschutz zur Durchsetzung eines Visums- oder Aufenthaltserlaubnisanpruchs	73
2. Die Anfechtungsklage gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	74
a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	74
b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	74
c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	75
d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	75
e) Der Eilrechtsschutz gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	75
VI. Die Integration von Ausländern im Bundesgebiet	75
1. Der Integrationskurs nach § 43 AufenthG	76
2. Die Berechtigung und die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs nach § 44 und § 44a AufenthG	76
VII. Die weiteren Pflichten von Ausländern im Bundesgebiet	77
1. Die Verpflichtung zur Passbeschaffung nach § 48 Abs. 3 AufenthG	77
a) Das Problem des fehlenden Passes	78
b) Die Verpflichtung zur Passbeschaffung	78
2. Die Verpflichtung zur Identitätsklärung nach § 49 AufenthG	79
§ 5 Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers	80
I. Die Ausreisepflicht nach § 50 Abs. 1 AufenthG	80
II. Das Erlöschen des Aufenthaltstitels nach § 51 Abs. 1 AufenthG	80
1. Das Erlöschen in Folge einer Nebenbestimmung nach § 51 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 AufenthG	80
2. Das Erlöschen in Folge einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ausweisung nach § 51 Abs. 1 Nr. 3, Nr. 4 oder Nr. 5 AufenthG	81
3. Das Erlöschen in Folge einer Ausreise nach § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG	82
4. Die Erledigung aus anderen Gründen	82
5. Die Form der Erlöschenswirkung	83

6.	Der Rechtsschutz gegen ein Erlöschen	83
a)	Die Zulässigkeit dieser Feststellungsklage	83
b)	Die Begründetheit dieser Feststellungsklage	84
c)	Das Kostenrisiko dieser Feststellungsklage	84
d)	Der Eilrechtsschutz gegen eine Erlöschensfeststellung	84
III.	Die Ausweisung nach §§ 53 ff. AufenthG	84
1.	Die Ausweisung als sicherheitsrechtliche Präventivmaßnahme	85
2.	Das System der Ausweisung	85
3.	Die Ausweisungsregelung des § 53 AufenthG	85
a)	Der Ausweisungsanlass nach § 53 Abs. 1 AufenthG	86
b)	Die Abwägung nach § 53 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG	87
c)	Die Einschränkungen der Ausweisung nach § 53 Abs. 3 und Abs. 4 AufenthG	88
d)	Die gerichtliche Überprüfung der Ausweisungsentscheidung	89
4.	Das öffentliche Ausweisungsinteresse nach § 54 AufenthG	90
a)	Die besonders schwer wiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 1 AufenthG	90
b)	Die schwer wiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 2 AufenthG	90
5.	Das private Verbleibeinteresse des Ausländers nach § 55 AufenthG	91
a)	Die besonders schwer wiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 1 AufenthG	91
b)	Die schwer wiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 2 AufenthG	92
IV.	Die Überwachung der Ausreise nach § 56 AufenthG	92
V.	Die Durchsetzung der Ausreise nach §§ 57 ff. AufenthG	93
1.	Die Zurückschiebung nach § 57 AufenthG	93
2.	Die Abschiebung nach § 58 AufenthG	94
a)	Die allgemeinen Abschiebungsvoraussetzungen des § 58 AufenthG	95
aa)	Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht nach § 58 Abs. 2 AufenthG	96
bb)	Die Überwachung der Ausreise nach § 58 Abs. 3 AufenthG	98
b)	Die Abschiebungsbeschränkungen des § 58 Abs. 1a und Abs. 1b AufenthG	98
3.	Die Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	99
4.	Die Abschiebungsandrohung nach § 59 AufenthG	99
5.	Die Abschiebungsverbote und Abschiebungshindernisse nach § 60 AufenthG	101
a)	Die Arten von Abschiebungshindernissen	101
b)	Die Regelung von Abschiebungsverbotten in § 60 AufenthG	103
6.	Die Duldung nach § 60a AufenthG	103
a)	Die Funktion der Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG	104
b)	Die allgemeine Duldung nach § 60a AufenthG	104
c)	Die Duldung für Personen mit ungeklärter Identität nach § 60b AufenthG	105
d)	Die Ausbildungsuldung nach § 60c AufenthG	106
e)	Die Beschäftigungsuldung nach § 60d AufenthG	113
f)	Die Bewährungsuldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG	114
g)	Die weiteren Folgen einer Duldung nach § 61 AufenthG	115
h)	Die Abschiebungshaft nach § 62 und § 62a AufenthG	116

i) Der Ausreisegewahrsam nach § 62b AufenthG	117
VI. Die Verhinderung der Wiedereinreise nach § 11 AufenthG	117
1. Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 1 bis Abs. 6 AufenthG	117
2. Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 7 AufenthG	120
VII. Der Rechtsschutz gegen Ausweisungen mit Nebenentscheidungen	120
1. Die Anfechtungsklage gegen Ausweisung und Ausreiseaufforderung	121
a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	121
b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	121
c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	122
d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	122
2. Die Verpflichtungsklage auf Verkürzung des Einreise- und Aufenthaltsverbots	122
a) Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	122
b) Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	122
c) Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	123
3. Der Eilrechtsschutz gegen den Sofortvollzug der Ausweisung	123
§ 6 Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	124
I. Die Einreise und der Aufenthalt von Unionsbürgern	124
1. Die Freizügigkeit von Unionsbürgern	124
a) Die materielle Freizügigkeit	125
b) Die formellen Regelungen für die Freizügigkeit	126
2. Die Rechtsstellung der Familienangehörigen von Unionsbürgern	126
a) Die materielle Rechtsstellung der Familienangehörigen	126
b) Die formellen Regelungen für Familienangehörige	128
c) Der analoge Rechtsreflex zu Gunsten von Familienangehörigen	128
3. Die Überprüfung einer Freizügigkeit nach § 5 FreizügG/EU	129
4. Die Anfechtungsklage gegen die Feststellung des Freizügigkeitsverlusts	130
a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	131
b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	131
c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	132
d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	132
II. Die Aufenthaltsbeendigung von Unionsbürgern und Familienangehörigen	132
§ 7 Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	134
I. Die Einreise und der Aufenthalt von Assoziationsberechtigten	134
1. Die Rechtsstellung des Arbeitnehmers nach Art. 6 ARB 1/80	135
2. Die Rechtsstellung der Familienangehörigen nach Art. 7 ARB 1/80	136
3. Die Besonderheiten des „Stand Still“ nach Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 ZP	137
II. Die Aufenthaltsbeendigung von Assoziationsberechtigten	139
1. Die Besonderheiten einer Ausweisung Assoziationsberechtigter	139
2. Der Verlust des assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts durch Erlöschen	139

3. TEIL DIE GRUNDLINIEN DES ASYLRECHTS IN DEUTSCHLAND

§ 8 Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	141
I. Die Enttäuschungen durch das Asylrecht i.w.S.	141
II. Die Begriffe des Asylbewerbers, des Asylverfahrens und des Asylrechts	144
§ 9 Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	146
I. Die Anerkennung als Asylberechtigter nach Art. 16a GG	146
1. Der Schutzbereich des Grundrechts auf Asyl	146
a) Die geschichtliche Dimension des Asyls	146
b) Der Anspruch auf Asylanerkennung	148
2. Der Begriff des politisch bedrohten Rechtsgüter	149
a) Die von Verfolgung bedrohten Rechtsgüter	149
b) Die zurechenbare Verfolgungshandlung	150
c) Das Politische einer Verfolgung	151
d) Der Begriff des Verfolgers	151
e) Der Zeitpunkt der Verfolgung – die Vor- oder Nachfluchtgründe	152
f) Der Ort der Verfolgung – die innerstaatliche Fluchtalternative	153
g) Die Einzel- oder Gruppenverfolgung	153
h) Die prozessuale Durchsetzung des Asylgrundrechts	153
3. Die Schranken des Asylgrundrechts nach Art. 16a Abs. 2 und Abs. 3 GG	154
a) Das Konzept der normativen Vergewisserung	154
b) Die sicheren Drittstaaten nach Art. 16a Abs. 2 GG i.V.m. § 26a AsylG	154
aa) Die tatsächlichen Grenzen der Drittstaatenregelung	155
bb) Der Sonderfall der Einreise auf unbekanntem Weg	156
cc) Die Antragsablehnung nach § 26a Abs. 1 Satz 1 AsylG	157
c) Die sicheren Herkunftsstaaten nach Art. 16a Abs. 3 GG	157
4. Die Rechtsfolgen der Asylanerkennung	158
II. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG	160
1. Der Begriff des Flüchtlings	160
2. Die Elemente einer flüchtlingsrelevanten Verfolgung	160
a) Der Begriff der Verfolgung	161
b) Die Verfolgungsgründe und die Verfolgungsintensität	161
c) Der Zeitpunkt und die Wahrscheinlichkeit der Verfolgung	162
d) Die Besonderheiten der Gruppenverfolgung	163
e) Der Begriff des Verfolgers	164
f) Der Ort der Verfolgung	164
3. Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	165
4. Die Rechtsfolgen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	165
III. Die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG	166
1. Die Gefahr eines ernsthaften Schadens	166
2. Der Schutz vor einer Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe	166
3. Der Schutz vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	167
a) Die Formen einer geächteten Misshandlung	167
b) Die Zielgerichtetheit und die Zurechenbarkeit einer Misshandlung	168
4. Der Schutz vor Gefahren für Leib oder Leben im bewaffneten Konflikt	170
a) Die Begriffe des internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts	170

b) Die erhöhte allgemeine oder individuelle Gefahrenlage für Zivilisten	171
c) Die Gefährdung durch „willkürliche Gewalt“	172
5. Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung subsidiären Schutzes	174
6. Die Rechtsfolgen der Zuerkennung subsidiären Schutzes	174
IV. Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	175
1. Der Schutz vor sonstigen Verletzungen der EMRK nach § 60 Abs. 5 AufenthG	175
2. Der Schutz vor sonstigen erheblichen Gefahren nach § 60 Abs. 7 AufenthG	175
a) Die zur Extremgefahr gesteigerte generelle Gefahrenlage	176
b) Die zur Extremgefahr gesteigerte individuelle Gefahr	177
3. Die prozessuale Durchsetzung der Feststellung von Abschiebungsverboten	178
4. Die Rechtsfolgen der Feststellung von Abschiebungsverboten	178
V. Die ablehnende Asylentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	179
1. Die vollständige Antragsablehnung	179
a) Die Zulässigkeit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	180
b) Die Begründetheit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	181
c) Das Kostenrisiko der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	182
d) Der Klageantrag der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	183
e) Das Rechtsmittel und der Eilrechtsschutz	183
2. Die Ablehnung als offensichtlich unzulässig oder als offensichtlich unbegründet	184
3. Die teilweise Antragsablehnung	186
VI. Die Berücksichtigung von Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	187
1. Das Erlöschen der Schutzberechtigung nach § 72 und § 73a AsylG	187
2. Die Rücknahme oder der Widerruf der Schutzberechtigung	188
a) Der Widerruf der Asylberechtigung oder der Flüchtlingseigenschaft	189
b) Die Rücknahme der Asylberechtigung oder der Flüchtlingseigenschaft	190
c) Der Widerruf und die Rücknahme des subsidiären Schutzes	191
d) Der Widerruf und die Rücknahme der Feststellung von Abschiebungsverboten	191
e) Die Widerrufs- oder Rücknahmeentscheidung des BAMF	192
3. Der Folgeantrag nach § 71 AsylG	192
§ 10 Das formelle Asylverfahren	196
I. Die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	196
1. Die Einreise auf dem Land- oder Luftweg	196
a) Der verfahrensabhängige Aufenthalt	197
b) Die Einreise auf dem Landweg	198
c) Die Einreise auf dem Luftweg	200
2. Der Aufenthalt während des Asylverfahrens	201
a) Die Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung	202
b) Die Änderung der räumlichen Zuweisung durch Umverteilung	203
c) Die räumliche Beschränkung während des Asylverfahrens	204

3.	Der Lebensunterhalt während des Asylverfahrens	205
a)	Das general-präventive Erwerbstätigkeitsverbot für Asylbewerber	205
b)	Die Leistungen nach dem AsylbLG	206
II.	Der Ablauf des Asylverfahrens	210
1.	Die Vorprüfung der Zuständigkeit Deutschlands im Dublin-III-Verfahren	210
a)	Die Funktionsprinzipien des Dublin-III-Systems	210
b)	Der Rechtsschutz gegen eine Überstellungsentscheidung	216
c)	Die Funktionsgrenzen des Dublin-III-Systems	218
d)	Die innerstaatliche Zuständigkeit des BAMF	219
2.	Die sachliche Prüfung des Asylantrags im Asylverfahren	219
a)	Die Identitätsprüfung nach §§ 15 f. AsylG	219
b)	Die Antragstellung nach § 23 AsylG	222
c)	Die Anhörung nach § 25 AsylG	223
d)	Die Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG und die BÜMA nach § 63a Abs. 1 AsylG	223
3.	Die Sonderregelungen für besonders Schutzbedürftige	224
a)	Die besondere Problematik von Eheleuten und Familien	224
b)	Die Handlungsfähigkeit und Vertretung Minderjähriger nach § 12 AsylG	225
c)	Die Wahrung der Familieneinheit nach § 14a AsylG	226
d)	Das Familienasyl und der Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylG	227
e)	Die Rechtsstellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	228
aa)	Das Phänomen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	228
bb)	Die Sondersituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	229
cc)	Die amtliche Altersfeststellung bei Zweifeln an der Minderjährigkeit	230
III.	Die Besonderheiten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Asylsachen	231
1.	Die Abweichungen in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	232
a)	Die verkürzte Klagefrist nach § 74 Abs. 1 AsylG	232
b)	Der einheitliche entscheidungserhebliche Zeitpunkt nach § 77 Abs. 1 AsylG	232
c)	Der weitgehende Ausschluss der aufschiebenden Wirkung in § 75 AsylG	233
d)	Der erweiterte Einsatz von Einzelrichtern nach § 76 Abs. 1 AsylG	233
2.	Die Beschränkungen der Rechtsmittel im Asylrecht	234
a)	Der Ausschluss der Berufung nach § 78 Abs. 1 AsylG	234
b)	Die Beschränkung der Berufungszulassungsgründe nach § 78 Abs. 3 AsylG	234
c)	Der Ausschluss der Beschwerde nach § 80 AsylG	235
3.	Das Beschleunigungsinstrument der Betreibensaufforderung nach § 81 AsylG	235
4.	Der Ablauf eines asylrechtlichen Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht	236
a)	Die Vorbereitung	236
b)	Die mündliche Verhandlung	238
c)	Die Nacharbeit	239

§ 11 Die Perspektiven des deutschen und europäischen Asylsystems	240
Literaturverzeichnis	245
Stichwortverzeichnis	247

Grafische Darstellungen und Schemata

Ausländer- und Asylrecht im Vergleich	nach Rn. 12
Der Status von Ausländern im Überblick	nach Rn. 22
Voraussetzungen einer Ausweisung	nach Rn. 182
Voraussetzungen einer Abschiebung	nach Rn. 207
Ausbildungsduldung nach bisheriger und neuer Gesetzesregelung im Überblick	nach Rn. 232
Entscheidungsmöglichkeiten des BAMF	nach Rn. 328
Arbeitsmarktzugang und Lebensunterhalt im und nach dem Asylverfahren	nach Rn. 485
Ablauf eines Asylverfahrens	nach Rn. 486

Wichtige Texte und Quellen

Ausländerrecht dtv-Text	Sammlung wichtiger nationaler, europäischer und völkerrechtlicher Vorschriften zum Ausländer- und Asylrecht
www.amnesty.de	deutsche Homepage der Hilfsorganisation mit Informationen zu ihrer Arbeit
www.bamf.de	Homepage des BAMF mit Informationen zu Zuwanderung, Asyl und Flüchtlingsschutz sowie aktuellen Statistiken und Forschungsergebnissen
www.bundesrat.de	Homepage des Bundesrats u.a. mit Drucksachen (BR-Drs.) und parlamentarischen Vorgängen
www.bundestag.de	Homepage des Bundestags u.a. mit Drucksachen (BT-Drs.) und parlamentarischen Vorgängen
www.bverfg.de	Homepage des Bundesverfassungsgerichts mit Entscheidungssammlung
www.bverwg.de	Homepage des Bundesverwaltungsgerichts mit Entscheidungssammlung
www.easo.europa.eu	Homepage des Europäischen Asyl-Unterstützungsbüros mit Materialien zum europäischen Asylsystem
www.eur-lex.europa.eu	von der Europäischen Union kostenfrei zur Verfügung gestellte Texte von Verträgen, Richtlinien und Verordnungen
www.gesetze-im-internet.de	vom Bundesministerium der Justiz kostenfrei zur Verfügung gestellte Gesetzes- und Verordnungstexte
www.unhcr.de	deutsche Homepage des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

Verzeichnis spezifischer Abkürzungen

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union i.d.F. der Bek. v. 9.5.2008, ABl. Nr. C 115 S. 47.
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz v. 5.8.1997 i.d. F. v. 15.8.2019, BGBl. I S. 1303.
AsylG	Asylgesetz v. 2.9.2008 i.d.F. v. 15.8.2019, BGBl. I S. 1334.
AsylG a.F.	Asylgesetz v. 2.9.2008 i.d.F. v. 4.12.2018, BGBl. I S. 2250.
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz v. 26.6.1992 i.d.F. v. 23.12.2014, BGBl. I S. 2439; ersetzt durch das AsylG.
AufenthG	Aufenthaltsgesetz i.d.F. der Bek. v. 25.2.2008 i.d.F. v. 15.8.2019, BGBl. I S. 1307.
AufenthG a.F.	Aufenthaltsgesetz i.d.F. der Bek. v. 25.2.2008 i.d.F. v. 12.7.2018, BGBl. I S. 1147.
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BayVwVfG	Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz v. 29.12.1976 i.d.F. v. 24.7.2018, GVBl. S. 604.
BVerfG, BVerfGE	Bundesverfassungsgericht, amtliche Entscheidungssammlung
BVerwG, BVerwGE	Bundesverwaltungsgericht, amtliche Entscheidungssammlung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten i.d.F. der Bek. v. 22.10.2010 i.d.F. v. 24.6.2013, BGBl. 2014 II, S. 1034.
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union i.d.F. des Vertrages von Lissabon v. 13.12.2007, ABl. Nr. C 306 S. 1 mit Berichtigungen, zuletzt ABl. 2011 Nr. C 378 S. 3.
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern v. 30.7.2004 i.d.F. v. 20.10.2015, BGBl. I S. 1722.
GFK	Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge v. 28.7.1951, BGBl. II 1953, S. 560 ff. (sog. Genfer Flüchtlingskonvention) mit Protokoll v. 31.1.1967, BGBl. 1969 II, S. 1293.
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union v. 12.12.2007, ABl. C 303, S. 1.
RL 2008/115/EG	Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger v. 16.12.2008, ABl. EU L 348, S. 89 (sog. Rückführungsrichtlinie).
RL 2011/95/EU	Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes v. 13.12.2011, ABl. EU L 337, S. 9 (sog. Qualifikationsrichtlinie).

Verzeichnis spezifischer Abkürzungen

RL 2013/32/EU	Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Ab-erkennung internationalen Schutzes (Neufassung) v. 26.6.2013, ABl. EU L 180, S. 60 (sog. Asylverfahrensrichtlinie).
RL 2013/33/EU	Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung) v. 26.6.2013, ABl. EU L 180, S. 96 (sog. Aufnahmerichtlinie).
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz v. 22.7.1913 i.d.F. v. 28.10.2015, BGBl. I S. 1802.
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeit-suchende – v. 13.5.2011 i.d.F. 31.7.2016, BGBl. I S. 1940.
SGB III	Drittes Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – v. 24.3.1997 i.d.F. v. 15.8.2019, BGBl. I S. 1327.
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – v. 27.12.2003 i.d.F. 31.7.2016, BGBl. I S. 1940.
VO 343/2003/EG	Verordnung 343/2003/EG v. 18.2.2003 i.d.F. v. 22.10.2008, ABl. Nr. L 304, S. 80 (sog. Dublin-II-Verordnung).
VO 604/2013/EU	Verordnung 604/2013/EU v. 26.6.2013, ABl. Nr. L 180/31 (sog. Dublin-III-Verordnung).
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung i.d.F. der Bek. v. 19.3.1991 i.d.F. v. 15.8.2019, BGBl. I S. 1303.
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz i.d.F. der Bek. v. 23.1.2003 i.d.F. v. 18.7.2017, BGBl. I S. 2745.

Literaturempfehlungen zur Vertiefung

1. Lehr- und Handbücher:

- Dörig, Harald (Hrsg.): Handbuch Migrations- und Integrationsrecht, 2018.
- Göbel-Zimmermann, Ralph / Eichhorn, Alexander / Beichel-Benedetti, Stephan: Asyl- und Flüchtlingsrecht, 2018.
- Hailbronner, Kay: Asyl- und Ausländerrecht, 4. Aufl. 2017.
- Haubner, Petra / Kalin, Maria: Einführung in das Asylrecht, 2017.
- Heinhold, Hubert: Recht für Flüchtlinge, 8. Aufl. 2018.
- : Ausländerrecht, 2018.
- Huber, Bertold / Eichendorfer, Johannes / Endres de Oliveira, Pauline: Aufenthaltsrecht, 2017.
- Hofmann, Rainer M. / Oberhäuser, Thomas / Keßler, Stefan: Das neue Migrationsrecht, 2017.
- Kluth, Winfried / Hund, Michael (Hrsg.): Handbuch Zuwanderungsrecht, 2. Aufl. 2017.
- Marx, Reinhard: Ausländer- und Asylrecht, 3. Aufl. 2016.
- : Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht, 7. Aufl. 2018.

2. Einbändige Kommentare:

- Bergmann, Jan M. / Dienelt, Klaus (Hrsg.): Ausländerrecht, 12. Aufl. 2018.
- Hailbronner, Kay / Maaßen, Hans-Georg / Hecker, Jan / Kau, Marcel: Staatsangehörigkeitsrecht, 6. Aufl. 2017.
- Hofmann, Rainer M. (Hrsg.): Ausländerrecht, 2. Aufl. 2016.
- Huber, Bertold: AufenthG, 2. Aufl. 2016.
- Kluth, Winfried / Heusch, Andreas: Ausländerrecht, 1. Aufl. 2016.
- Siefert, Jutta (Hrsg.): AsylbLG, 2018.

3. Mehrbändige Kommentare:

- Fritz, Roland / Vormeier, Jürgen (Hrsg.), Gemeinschaftskommentar zum Aufenthaltsgesetz, Loseblatt.
- Hailbronner, Kay (Hrsg.): Ausländerrecht, Loseblatt.
- Kloesel, Arno / Christ, Rudolf / Häußler, Otto / Häußler, Elke (Hrsg.): Deutsches Aufenthalts- und Ausländerrecht, Loseblatt.

1. TEIL DIE BEDEUTUNG DES AUSLÄNDER- UND ASYLRECHTS IN DEUTSCHLAND

„Deutschland ist ein Einwanderungsland.“ Dieser lange politisch umstrittene Satz hat sich spätestens mit der Flüchtlingswelle¹ des Jahres 2015 bestätigt: Über 1,6 Mio. Schutzsuchende vorwiegend aus dem Nahen Osten (Syrien, Irak, Afghanistan) hielten sich Ende des Jahres 2016 im Bundesgebiet auf.² Ein Teil von ihnen hat gute Chancen wenn nicht auf Asyl, so doch auf internationalen oder subsidiären Schutz und damit auf ein langfristiges Bleiberecht. Sie werden also in Deutschland bleiben und versuchen, im Familiennachzug ihre Ehegatten und Kinder nachzuholen.³ Das wird die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland erheblich verändern. Die soziale und berufliche Integration der Zuwanderer ist eine Herausforderung für unser Land und für unser Volk.⁴ Zugleich erfordert der nach wie vor hohe Zuwanderungsdruck aus den Regionen südlich der Sahara, woher junge Afrikaner erst über das Mittelmeer und dann nach Mittel- und Nordeuropa streben, eine effiziente Kontrolle und Begrenzung der Zuwanderung. Das Asylverfahren darf nicht zum Umweg letztlich für eine Migration aus asylfremden Motiven werden. Die Migrationsfrage führte bei der Bundestagswahl im Herbst 2017 zu einer Wahlniederlage der für die unterlassene Grenzschließung im Jahr 2015 verantwortlichen Regierungsparteien, die sich im Jahr 2018 erst mühevoll zu einer Fortsetzung ihrer Regierung durchrangen und bald darauf wegen der Asylpolitik in eine ernste Regierungskrise gerieten. Anders als radikale Stimmen glauben machen wollen, gibt es für derart komplexe Sachverhalte wie die Zuwanderungsbegrenzung und die Abschiebungspraxis aber keine einfachen politischen und juristischen Lösungen. Um dies zu verdeutlichen, werden im Folgenden weniger die letzten Einzelheiten des Ausländer- und Asylrechts als vielmehr die übergreifenden Zusammenhänge beider Rechtsmaterien in den Mittelpunkt gestellt:

§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte

Deutschland ist nicht erst seit dem Jahr 2015 ein Einwanderungsland. Vielmehr prägen **Ein- und Auswanderung** seine Geschichte bis in die Gegenwart. Das Phänomen einer Massenflucht aus dem Nahen Osten nach Deutschland ist zwar neu, aber die dahinter stehenden Motive und Zwänge sind es nicht:

So erfasste jene **Völkerwanderung** germanischer Stämme in der Spätantike, die Druck auf die Ostgrenze des Römischen Reichs ausübten und schließlich mit Billigung der rö-

1 Die Wellenform der Asylerantragszahl mit einer Spitze im Sommer und einem Rückgang im Winter zeigt sich im Jahresvergleich der Jahre 2013 bis 2017, nur im Jahr 2015 schob sich die Spitze auf den November, vgl. BAMF (Hrsg.), Das Bundesamt in Zahlen 2017, S. 12. www.bamf.de, Abruf v. 20.8.2018.

2 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 387 v. 2.11.2017, www.destatis.de. Daten zu den Zu- und Fortzügen Migrationsbericht 2016/2017, BT-Drs. 19/7470 S. 46 ff. mit Schaubildern.

3 Seit 2015 bilden syrische Staatsangehörige die größte Gruppe im Rahmen des Familiennachzugs. Im Jahr 2017 sind 33.389 syrische Familienangehörige eingereist und haben 29,1 % der erteilten Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen erhalten. Die zweitgrößte Gruppe bilden türkische Staatsangehörige mit 7.670 (6,7 %) gefolgt von irakischen Staatsangehörigen mit 7.481 (6,5 %) Aufenthaltserlaubnissen aus familiären Gründen (2016: 6.678), so Migrationsbericht 2016/2017, BT-Drs. 19/7470 S. 7.

4 Ausführlich zu den Herausforderungen Uwe Berlit, Flüchtlingsrecht, S. 101 ff.